

Grosser Rat

Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission
Subkommission DBU



Grossratsgeschäftsnummer: 12 / BS 11 / 111
Rechtsbuch-Nummer: -
Departement: DBU

Bericht der GFK-Subkommission DBU zur Geschäftsprüfung 2012

Zusammensetzung der GFK-Subkommission DBU

Präsident: Hug Patrick, Arbon
Mitglieder: Grau-Lanz Heidi, Zihlschlacht
Wohlfender-Oertig Edith, Kreuzlingen
Zimmermann David, Braunau

Geschäftsbericht 2012 des Regierungsrates / Staatsrechnung 2012

Allgemeines zum Departement

Die Subkommission DBU erhielt bei der Besprechung des Geschäftsberichtes und der Rechnung 2012 mit Regierungsrat Dr. Jakob Stark einen positiven Eindruck von der geleisteten Arbeit und der Qualität im Departement. Das DBU hat die Pauschalkürzungen von 500'000 Franken im Sachaufwand in der Rechnung 2012 umgesetzt. Ganz allgemein fällt bei der Rechnungslegung 2012 auf, dass nicht die Personalkosten oder der Sachaufwand Sorgen bereiten, sondern der in Bundesbern verursachte Transferaufwand, der in der Staatsrechnung Budgetüberschreitungen verursacht. Dort passieren die relevanten Geschäfte, welche Einfluss auf die Kantone haben. Laut Regierungsrat Stark wird der Thurgau sein Lobbying insbesondere beim Flugverkehr verstärken bzw. ausbauen müssen, vor allem über die Fachdirektorenkonferenzen, aber auch ganz direkt.

Ämterbesuche 2013

Die Subkommission DBU hat folgende Ämter besucht:

- Amt für Umwelt
- Hochbauamt
- Amt für Raumplanung
- Tiefbauamt

Die Subkommission dankt der Amtsleiterin und den Amtsleitern der vier besuchten Ämter für die detaillierten und aufschlussreichen Informationen. In einzelnen Ämtern stehen gewichtige personelle Änderungen bevor, so zum Beispiel im Amt für Umwelt, wo Amtsleiter Dr. Jürg Herz 2014 in den Ruhestand tritt, oder im Tiefbauamt, wo Robert Heim, Leiter Kunstbau, per 31.7.2013 pensioniert wird. Dr. Beatrice Sendner, Chefin des Amtes für Denkmalpflege, wird mit 62 in Pension gehen und hat per Ende April 2014 ihren Rücktritt eingereicht.

Generell wird in den Ämtern die steigende Arbeitsbelastung erwähnt, welche mit gleichbleibendem Personalbestand bewältigt werden müsse. Vereinzelt Mitarbeitende sties- sen so an ihre persönlichen Grenzen.

Bemerkungen zu den einzelnen Ämtern

6010-6015 Generalsekretariat

Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat den Staatsvertrag zwischen der Schweiz und Deutschland über das Anflugregime auf den Flughafen Zürich genehmigt. Sollte das Abkommen ratifiziert werden, ist mit zusätzlichen 20'000 Überflügen zu rechnen, wobei vor allem der Hinterthurgau betroffen wäre. Die Situation wäre dann vergleichbar mit Hohentengen, womit der Thurgau Hauptverlierer wäre.

Die Zahl der Pendenzen im Bereich der Verwaltungsrechtspflege (Rekurse, Erstinstanzliche Verfahren und Aufsichtsbeschwerden) steigt weiter an und erreichte mit Ende 2012 einen neuen Höchststand.

Aktuell laufen intensive Vorbereitungsarbeiten für den nächsten Teilschritt des Projektes Expo (Ausschreibung internationaler Ideenwettbewerb). Nach dem Nein zu Olympischen Spielen im Kanton Graubünden dürften die Chancen für eine Expo in der Ostschweiz gestiegen sein.

6110-6120 Amt für Raumplanung

Es häufen sich aus Gemeinden Klagen, wonach die Baugesuchsbearbeitung zu lange daure. Die hohe Baukonjunktur bringt mehr Baugesuche, das ohne zusätzliches Personal bewältigt werden muss. So stieg die Zahl der Baugesuche von 2137 im Jahre 2010 und 2369 im Jahre 2011 auf 2427 im Jahre 2012.

6210-6224 Hochbauamt

Beim Schadenfall der sich im Bau befindlichen Sporthalle in Arbon haben die Haftpflichtversicherungen den wesentlichsten Teil der Schadenskosten übernommen. Die restlichen Kosten trägt die Sekundarschulgemeinde Arbon als rechtliche Bauherrschaft. Der Kanton leistete einen einmaligen pauschalen Baubeitrag von 4,8 Mio. Franken.

Der Bericht zur Machbarkeitsstudie zum Ergänzungsbau Regierungsgebäude liegt noch nicht vor. Es erfolgen vertiefte Abklärungen, ob sich ein Ergänzungsbau rechnen würde.

Am 5. Dezember 2012 zog der Regierungsrat den Kredit zur geplanten Sanierung der Ausstellungsräume Nord des Kunstmuseums Thurgau aus dem Budget 2013 zurück. Aufgrund technischer und baulicher Abhängigkeiten sind die Sanierung der Ausstellungsräume Nord und der Ergänzungsbau gleichzeitig auszuführen. Der Regierungsrat und die Stiftung Kartause Ittingen prüfen die Möglichkeiten zur rechtskonformen Realisierung des Ergänzungsbaus.

6310-6377 Tiefbauamt

Sollte die Preiserhöhung für die Autobahn-Vignette vom Stimmvolk abgelehnt werden, kann der Bundesrat den neuen Netzbeschluss nicht wie geplant auf den 1.1.2014 in Kraft setzen. Die BTS-Umsetzung durch den Bund ist laut Aussage von Regierungsrat Stark aber nur dann gefährdet, bzw. müsste durch den Kanton finanziell neu beurteilt werden, wenn der Netzbeschluss nie in Kraft gesetzt werden könnte. Davon sei aber nach aktueller Beurteilung nicht auszugehen.

Die EKT AG hat dem Tiefbauamt im Herbst 2011 eine Liste ihrer Grundstücke vorgelegt, die sie betrieblich nicht mehr benötigte. Die zahlreichen Liegenschaften wurden im Hinblick auf eine mögliche Verwendung bei künftigen Landerwerbsgeschäften im Zusammenhang mit kantonalen Projekten geprüft. Die in der Wohn-/Gewerbezone liegenden Grundstücke GB Nrn. 465 (Verkehrswert Fr. 2'951'270) und 491 (Verkehrswert Fr. 2'060'000) eignen sich als Realersatz und die Käufe wurden entsprechend getätigt.

6410 Amt für Denkmalpflege

Die Baugesuche i.S. Natur- und Heimatschutzgesetz nehmen laufend zu und führen zu Verzögerungen. Sie werden laut Aussage von Regierungsrat Stark nach ihrer Priorität unterschieden. Baugesuche, welche Schutzobjekte bzw. im Hinweisinventar "wertvoll" eingestufte Bauten sind, deren Schutz nicht abgeklärt ist, haben ebenso erste Priorität wie Baugesuche an historischen Bauten in Ortsbildschutzgebieten. Wünsche von Gemeinden nach Stellungnahmen zu Neubauten in Dorfzonen, die nicht im Kontext von historischen Bauten geplant sind, würden zukünftig abschlägig beantwortet werden, womit Ressourcen eingespart werden können.

Die vom Amt für Denkmalpflege zu bearbeitenden Baugesuche haben von 550 im Jahr 2008 auf 842 im Jahr 2012 bei gleichbleibenden personellen Ressourcen zugenommen. Insbesondere Baugesuche mit unvollständigen Unterlagen verzögern die Bearbeitung insgesamt, so dass die Termine nicht eingehalten werden können.

6510-6530 Amt für Umwelt

Die Kapazität der bestehenden Reaktordeponie Kehlhof deckt den Bedarf an Deponievolumen noch für die nächsten rund acht bis zehn Jahre. Aufgrund der geringen Mengen "übrige Reaktorstoffe" im Kanton Thurgau (rund 10'000 Tonnen pro Jahr) kann laut Regierungsrat Stark eine Reaktordeponie im Kanton nicht wirtschaftlich betrieben werden. Daher werde die Errichtung einer kombinierten Deponie mit getrennten Kompartimenten für Reaktor- und Inertstoffe angestrebt (Reaktorkompartiment). Weitere Abklärungen sind derzeit im Gange.

Im Kanton wurden 2012 erstmals die Aufwände für die Beseitigung von Littering erfasst. Die Kosten betragen rund 440'000 Franken oder 550 Franken pro Kilometer Kantonsstrasse.

4/4

6610-6620 Forstamt

Das geänderte Bundeswaldgesetz gibt den Kantonen die Möglichkeit von statischen Waldgrenzen ausserhalb der Bauzonen. Die konkrete Umsetzung im Thurgau (Kantonaler Richtplan, Amtliche Vermessung, Nutzungspläne etc.) soll im Verlaufe des Jahres 2013 abgeklärt werden.

Arbon, 11. Juni 2013

Der Subkommissionspräsident
Patrick Hug, Arbon